



# Reha-Südwest

Mut tut gut!® Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

## **Vergabeunterlagen**

zum offenen Ausschreibungsverfahren 2026 der  
**Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH**  
für den freigestellten Schülerverkehr  
(Schülerspezialverkehr)  
der **Andreas-Fröhlich-Schule** mit Schulkindergarten

Schule:

**Andreas-Fröhlich-Schule**

Götzstraße 51, 74238 Krautheim

Träger:

Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

Schulstraße 7, 73499 Wört

## **Vergabeunterlage C: Muster Beförderungsvertrag**

*Stand: 11.06.2026*



# Reha-Südwest

Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

## **Vertrag über die Durchführung von Beförderungsleistungen im Schülerspezialverkehr von schwer- und teilweise mehrfach körperbehinderten Schülerinnen und Schülern**

zwischen                      der Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH  
                                      - gemeinsam vertreten durch die Geschäftsführer  
                                      Ron Geyer und Hannes Scholz -  
                                      Schulstraße 7, 73499 Wört  
  
                                      - im Folgenden **AG** genannt -

und                              ...  
  
                                      - im Folgenden **AN** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

### **1 Vertragsgegenstand**

1.1 Der AG beauftragt den AN mit der Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Andreas-Fröhlich-Schule, staatlich anerkanntes Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum mit Schulkindergarten in privater Trägerschaft, Götzstraße 51, 74238 Krautheim.

1.2 Der AN verpflichtet sich, die vom AG benannten Schülerinnen und Schüler nach Maßgabe dieses Vertrages, der Leistungsbeschreibung sowie der jeweils gültigen Linien- und Tourenplanung an den Öffnungs- und Schultagen der Andreas-Fröhlich-Schule bzw. des Schulkindergartens zu befördern. Die Beförderung erfolgt zwischen der jeweiligen Wohnadresse bzw. den vom AG festgelegten Abhol- oder Sammelpunkten und der Andreas-Fröhlich-Schule bzw. dem Schulkindergarten sowie zurück.

1.3 Der Turnus, die Abholadresse, der Zielort, die Rückfahradresse sowie die Abhol- und Ankunftszeiten werden vom AG vor Leistungsbeginn festgelegt. Die jeweils gültige Linien- und Tourenplanung ist Bestandteil dieses Vertrages. Der AN hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Zahl zu befördernder Schülerinnen und Schüler oder auf ein bestimmtes Mengengerüst.

1.4 Der AN verpflichtet sich, alle einschlägigen rechtlichen Vorgaben für die Personenbeförderung und insbesondere für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf einzuhalten. Er

verfügt über die für die Durchführung der Beförderungsleistungen erforderlichen behördlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Versicherungen und sonstigen Nachweise.

1.5 Bei Widersprüchen gelten die Vertragsunterlagen in folgender Reihenfolge: dieser Beförderungsvertrag nebst Anlagen, die Leistungsbeschreibung einschließlich Linien- und Tourenplanung, das Angebot des AN einschließlich Preisblatt, die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen, soweit wirksam einbezogen, sowie die gesetzlichen Bestimmungen.

## **2 Gewährleistung**

2.1 Erfolgt die Beförderungsleistung nicht oder teilweise nicht zu den in Ziffer 1 einschließlich der Leistungsbeschreibung genannten Bedingungen, stehen dem AG die gesetzlichen Gewährleistungsrechte zu.

## **3 Kommunikation**

3.1 Der AG benennt als zuständige Ansprechpartnerin Frau Daniela Payer, Sonderschulrektorin der Andreas-Fröhlich-Schule. Mit anderen, nicht autorisierten Personen darf der AN keine Absprachen treffen.

3.2 Der AN benennt für die vertragliche Kommunikation ebenfalls eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner sowie eine Vertretung.

**AnsprechpartnerIn beim AN ist Herr/Frau:**

.....

Der Vertreter / Die Vertreterin ist Herr/Frau:

.....

3.3 Eltern, Sorgeberechtigte oder Schülerinnen und Schüler, die Absprachen mit dem Fahrpersonal treffen wollen, sind an die jeweils zuständige Person zu verweisen. Soweit der AN Dritte mit der Erfüllung der von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen beauftragt hat oder der Auftrag als Arbeitsgemeinschaft ausgeführt wird, ist die gesamte Kommunikation mit dem AG über die benannten einheitlichen Ansprechpartner abzuwickeln.



### **4 Rechnungsstellung und Vergütung**

#### **4.1 Grundlagen der Vergütung**

4.1.1 Die Vergütung des AN berechnet sich nach den nachfolgenden Regelungen. Vergütungsanpassungen aufgrund von Leistungsanpassungen richten sich nach den Regelungen zur Leistungsanpassung und Vergütungsfortschreibung dieses Vertrages.

4.1.2 Der AN erhält pro Fahrttag, an dem vertragsgegenständliche Beförderungsleistungen erbracht wurden, eine Vergütung in Höhe der gemäß Angebot und Preisblatt in den einzelnen Preisbestandteilen kalkulierten Tagespreise bzw. Einheitspreise unter Berücksichtigung der Wertsicherung. Maßgeblich sind die tatsächlich erbrachten Leistungen und das jeweils gültige, vom AG freigegebene sowie – soweit erforderlich – vom öffentlichen Kostenträger anerkannte Mengengerüst.

4.1.3 Die monatliche Vergütung errechnet sich anhand der im jeweiligen Kalendermonat tatsächlich erbrachten Leistungen und tatsächlich angefallenen Fahrtage. Als Fahrttag gilt jeder Tag, an dem vertragsgegenständliche Beförderungsleistungen erbracht werden. Für Kalendertage, an denen keine Leistungen erbracht werden, insbesondere während Schulferien, Schließtagen oder sonstigen Tagen ohne Beförderungsleistung, erfolgt keine Vergütung, soweit in diesem Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

4.1.4 Mit der Vergütung sind sämtliche Kosten der Fahrgastbeförderung und der sonstigen zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlichen Leistungen abgegolten. Hierzu gehören insbesondere Kosten für Fahrpersonal, Begleitpersonen, Disposition, Kommunikation, Fahrzeuge, Kraftstoff bzw. Energie, Wartung, Versicherung, Reinigung, Dokumentation sowie sonstige Nebenleistungen. Eine darüberhinausgehende Vergütung erfolgt nicht. Insbesondere werden Kosten für nicht im Linien- oder Tourenplan enthaltene Leistungen, Wartezeiten, Leerfahrten, Standzeiten, leere Plätze sowie die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler beim Ein- und Aussteigen nicht gesondert vergütet, soweit diese Leistungen nicht ausdrücklich als gesondert vergütungsfähig vereinbart oder durch den öffentlichen Kostenträger anerkannt sind.

4.1.5 In den Angebotspreisen sind sämtliche preisbeeinflussenden Faktoren sowie eine Verwaltungspauschale des AG in Höhe von 0,05 EUR je abgerechnetem Besetzkilometer zu berücksichtigen. Die angebotenen Preise müssen die vollständige und vertragsgemäße Durchführung der Leistung umfassen. Die Verwaltungspauschale wird dem AN monatlich nach Kenntnis der abgerechneten Besetzkilometer separat in Rechnung gestellt.

4.1.6 Werden Teile der Leistung nicht erbracht, entfällt auch der auf diesen Teil entfallende Teil der Vergütung. Vertragsstrafen, Schadensersatzforderungen, Rückforderungsansprüche sowie vom öffentlichen Kostenträger vorgenommene Kürzungen können mit der Vergütung verrechnet werden.



# Reha-Südwest

Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

## 4.2 Rechnungsstellung

4.2.1 Die Rechnungsstellung des AN erfolgt monatlich zum Anfang des auf den Abrechnungsmonat folgenden Kalendermonats, spätestens bis zum 10. Kalendertag des Folgemonats, auf Grundlage der jeweils gültigen Linien- und Tourenpläne, des sich daraus ergebenden Mengengerüsts sowie der vereinbarten Einheitspreise. Die Rechnung ist prüffähig zu erstellen und mit einem Zahlungsziel von 30 Tagen nach prüffähigem Eingang einzureichen.

4.2.2 Der Rechnung sind prüffähige Beförderungsnachweise beizufügen. Diese müssen mindestens die tatsächlich durchgeführten Fahrtage, die tatsächlich gefahrenen Kilometer, die eingesetzten Linien/Touren, die beförderten Schülerinnen und Schüler bzw. die abrechnungsrelevanten Beförderungsfälle, den Einsatz von Begleitpersonen, Abweichungen vom Linien-/Tourenplan, Fahrtausfälle, Verspätungen, besondere Vorkommnisse sowie alle abrechnungsrelevanten Änderungen innerhalb des Monats enthalten. Änderungen, insbesondere Tourenwechsel, Wohnortwechsel, An- und Abmeldungen, zusätzliche oder entfallende Begleitpersonen sowie Abweichungen vom genehmigten Linien-/Tourenplan, sind gesondert und nachvollziehbar darzustellen.

4.2.3 Aus der Rechnung müssen die zugrunde gelegten Mengen und Preise sowie das vereinbarte Entgelt eindeutig hervorgehen. Die Rechnungen sind postalisch oder per E-Mail im PDF-Format an die nachfolgende Rechnungsadresse zu übermitteln.

**4.2.4 Die Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH legt die Rechnungen, soweit für die Refinanzierung erforderlich, dem zuständigen Nahverkehrsamt vor. Rechnungskorrekturen, Kürzungen oder Rückforderungen durch den öffentlichen Kostenträger gegenüber dem AG können aufgrund der Drittmittelverwendung an den AN weitergereicht bzw. mit künftigen Vergütungsansprüchen verrechnet werden.**

## 4.3 Rechnungsadresse

Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

Andreas-Fröhlich-Schule

Götzstraße 51

74238 Krautheim

[afs.krautheim@reha-suedwest.de](mailto:afs.krautheim@reha-suedwest.de)

## 4.4 Vergütung

4.4.1 Die Leistungen werden nach den im Angebot des AN und in den jeweils genehmigten Linien-/Tourenplänen ausgewiesenen Preisbestandteilen vergütet. Hierzu können insbesondere Tagesvergütungen je Linie/Tour, Besetzkilometerpreise, Fahrpersonal- und Begleitpersonaleinsatzstunden sowie sonstige ausdrücklich vereinbarte Preisbestandteile gehören. Die Preisbestandteile sind in der jeweils

gültigen Anlage zum Vertrag nachvollziehbar auszuweisen. Maßgeblich ist das jeweils genehmigte Mengengerüst.

4.4.2 Bei Leistungsanpassungen wird die Vergütung entsprechend dem geänderten Mengengerüst angepasst, soweit die Änderung nicht nur kurzzeitig und geringfügig ist. Verändern sich die Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge, die Besetzkilometer, die Fahrpersonaleinsatzstunden oder die Begleitpersonaleinsatzstunden, ist die Vergütung anhand der vereinbarten Einheitspreise bzw. Tagespreise fortzuschreiben. Die Änderung ist durch einen aktualisierten Linien-/Tourenplan sowie eine nachvollziehbare Darstellung des neuen Mengengerüsts zu dokumentieren und bedarf der Freigabe durch den AG sowie, soweit erforderlich, der Anerkennung durch den öffentlichen Kostenträger.

4.4.3 Die Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH ist als AG nicht vorsteuerabzugsberechtigt. Die vereinbarten Preise verstehen sich als Endpreise einschließlich aller zum Zeitpunkt der Leistungserbringung relevanten Steuern, Abgaben und Nebenkosten. Das Risiko des zutreffenden Umsatzsteuerausweises trägt der AN.

## **4.5 Leistungsanpassungen**

4.5.1 Leistungsanpassungen können sich insbesondere durch Umzug, Neuaufnahme oder Ausscheiden von Schülerinnen und Schülern, Änderungen der Unterrichtszeiten, geänderte Förder- oder Betreuungsbedarfe, verkehrliche Störungen, Krankheit oder Abwesenheit, Veränderung von Schul- oder Schulkindergartenstandorten, zusätzliche oder entfallende Begleitpersonen, Rollstuhl- oder Kindersitzerfordernisse sowie sonstige vom AG veranlasste Änderungen ergeben.

4.5.2 Der AN hat jede umgesetzte Änderung und jede Änderung des Mengengerüsts unverzüglich zu dokumentieren und dem AG vorzulegen. Er hat nachvollziehbar darzustellen, ob und in welchem Umfang sich hierdurch Fahrzeugeinsatz, Besetzkilometer, Fahrpersonaleinsatzstunden oder Begleitpersonaleinsatzstunden ändern. Ohne prüffähige Darstellung besteht kein Anspruch auf zusätzliche Vergütung.

4.5.3 Kurzzeitige und geringfügige Leistungsanpassungen lösen keine Vergütungsanpassung aus, soweit sie nur vorübergehend sind, weniger als fünf Fahrtage andauern und das maßgebliche Mengengerüst nur unerheblich verändern. Bei dauerhaften oder wesentlichen Änderungen erfolgt eine Fortschreibung der Vergütung auf Grundlage der vereinbarten Einheitspreise. Soweit Änderungen vom öffentlichen Kostenträger zu genehmigen oder anzuerkennen sind, wird die angepasste Vergütung erst nach entsprechender Anerkennung wirksam.

#### **4.6 Wertsicherung / Preisfortschreibung**

4.6.1 Es kann von beiden Vertragsparteien kalenderjährlich zum 1. Januar eines Jahres, erstmals im Jahr 2028, eine Wertsicherung der Preisbestandteile P 1-4 auf der Grundlage des Kostenindex für den Bereich ÖPNV Straße in Baden-Württemberg („Baden-WürttembergIndex“) verlangt werden. Herangezogen wird jeweils die Veränderung der Jahresdurchschnittswerte der Indices im angelaufenen Jahr (Jahr n-1). Die Veränderung wird jeweils auf alle im entsprechenden Preisbestandteil enthaltenen Kostensätze (Einheitspreise gemäß Bieterangebot) angewandt:

4.6.2 
$$\text{Preisstand neu} = \frac{\text{Jahresdurchschnittswert Index Jahr n}}{\text{Jahresdurchschnittswert Index Jahr (n-1)}}$$

4.6.3 Preisbestandteil P1.2 bleibt unberührt.

4.6.4 Für die erste Wertsicherung im Jahr 2028 wird die Veränderung der Jahresdurchschnittswerte der Indices im Jahr 2027 zu deren Werten im Jahr 2026 herangezogen. Der Ausgleich erfolgt rückwirkend zum 1. Januar des Jahres der Wertsicherung. Die Anpassung der Entgelte muss vom Auftragnehmer oder vom Auftraggeber bis zum 31. Mai eines Jahres, erstmals bis zum 31. Mai 2028, bei der jeweils anderen Vertragspartei schriftlich verlangt werden. Dabei sind alle relevanten Indices sowie Einheitspreise sowie die jeweiligen Preise je Leistungs- und Preisbestandteil sowie der Gesamtpreis der Leistung, jeweils die bisherigen sowie die neuen, wertgesicherten Preise, zu benennen. Erfolgt dies nicht, gelten die bisherigen Entgelte weiter.

4.6.5 Jeder Antrag auf Preisanpassung wird dem Nahverkehrsamt in Verbindung mit einem neuen Linien- bzw. Tourenplan zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt und ist erst mit entsprechender Genehmigung bzw. Anerkennung wirksam, soweit eine solche Genehmigung oder Anerkennung für die Refinanzierung erforderlich ist.

#### **4.7 Vergütung Begleitperson**

4.7.1 Die Stellung einer Begleitperson wird nur vergütet, soweit der Einsatz einer Begleitperson durch den AG beauftragt und, soweit erforderlich, durch den öffentlichen Kostenträger genehmigt oder anerkannt wurde. Die Vergütung erfolgt im genehmigten Umfang nach den hierfür vereinbarten Preisbestandteilen.

4.7.2 Abgerechnet werden können ausschließlich die tatsächlich erforderlichen und genehmigten Einsatzzeiten der Begleitperson. Hierzu gehören insbesondere:

- Zeiten ab Einsteigen der Begleitperson bis zum Zusteigen des ersten Kindes auf dem Weg zur Schule und bis zum Ausstieg des letzten Kindes an der Schule;
- die Rückfahrt von der Schule zum Standort des Fahrzeugs oder bis zur Ausstiegsstelle der Begleitperson, nachdem die Schülerinnen und Schüler am Morgen zur Schule gebracht wurden;





- am Nachmittag die Zeit ab Standort des Fahrzeugs oder ab Einstiegsstelle der Begleitperson bis zur Schule zur Abholung der Schülerinnen und Schüler;
- auf dem Rückweg die Zeit von der Schule bis zum Ausstieg des letzten Kindes und anschließend bis zur Ausstiegsstelle der Begleitperson oder zum Standort des Fahrzeugs.

4.7.3 Der AN hat die kürzest mögliche und wirtschaftlich angemessene Fahrtroute einzuhalten. Umwege zur Aufnahme oder zum Absetzen der Begleitperson sind nicht vergütungsfähig, soweit sie nicht ausdrücklich vom AG genehmigt wurden. Die Begleitperson steigt grundsätzlich am Standort des Fahrzeugs oder auf der kürzesten Wegstrecke zur Schule ein bzw. aus.

#### **4.8 Fahrpersonal, Begleitpersonen und Kinderschutz**

4.8.1 Der AN gewährleistet den Einsatz zuverlässigen, sozial kompetenten und im Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf geschulten Fahr- und Begleitpersonals. Häufige Personalwechsel auf den jeweiligen Touren sind zu vermeiden. Ersatzpersonal muss dieselben Anforderungen erfüllen wie das ursprünglich eingesetzte Personal.

4.8.2 Der AN darf nur Personen einsetzen, die nicht wegen sexualstrafrechtlicher, jugendschutzrelevanter oder sonstiger schwerer Verfehlungen vorbestraft sind. Für Fahrpersonal und Begleitpersonen ist vor Aufnahme der Tätigkeit ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen, das zum Zeitpunkt des erstmaligen Einsatzes nicht älter als sechs Monate sein darf. Enthält das Führungszeugnis einschlägige Eintragungen oder wird die Vorlage verweigert, ist ein Einsatz ausgeschlossen.

4.8.3 Fahrpersonal muss über die erforderliche Fahrerlaubnis, die Berechtigung zur Fahrgastbeförderung, ausreichende Orts- und Streckenkenntnisse sowie eine aktuelle Auskunft aus dem Fahreignungsregister verfügen. Der AN hat die Nachweise spätestens vier Wochen vor Betriebsaufnahme und danach auf Verlangen des AG vorzulegen. Der AG kann aus sachlichem Grund den Austausch von Fahr- oder Begleitpersonal verlangen.

#### **4.9 Fahrzeuge und technische Anforderungen**

4.9.1 Der AN gewährleistet, dass sämtliche eingesetzten Fahrzeuge den gesetzlichen Anforderungen, den verkehrsrechtlichen Bestimmungen, den Vorgaben der Leistungsbeschreibung sowie den besonderen Anforderungen an die Beförderung von Schülerinnen und Schülern mit Behinderung entsprechen. Die Fahrzeuge müssen ordnungsgemäß versichert, verkehrssicher, sauber, schadensfrei, geeignet ausgestattet und für den jeweiligen Beförderungszweck zugelassen sein.

4.9.2 Spätestens vier Wochen vor Betriebsaufnahme hat der AN dem AG eine Fahrzeugliste vorzulegen. Änderungen der Fahrzeugliste sind dem AG unverzüglich mitzuteilen.





# Reha-Südwest

## Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

4.9.3 Der AN verpflichtet sich, gesetzliche Vorgaben zur Beschaffung und zum Einsatz sauberer Fahrzeuge einzuhalten. Soweit im Angebot oder in der Leistungsbeschreibung besonders emissionsarme, energieeffiziente oder elektrisch betriebene Fahrzeuge zugesagt wurden, sind diese während der Vertragslaufzeit entsprechend einzusetzen. Abweichungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG.

### **4.10 Kontrollen, Ersatzvornahme und Vertragsstrafen**

4.10.1 Der AG ist berechtigt, die Einhaltung der vertraglichen Pflichten durch eigene Kontrollen oder durch beauftragte Dritte zu überprüfen. Der AN hat die hierfür erforderlichen Auskünfte zu erteilen, Unterlagen vorzulegen und Zugang zu eingesetzten Fahrzeugen, Nachweisen und Dokumentationen zu ermöglichen. Festgestellte Mängel sind unverzüglich zu beseitigen; die Mängelbeseitigung ist dem AG ohne gesonderte Aufforderung nachzuweisen.

4.10.2 Bei Fahrtausfällen, erheblichen Verspätungen, wiederholten Qualitätsmängeln oder sonstiger Nichterfüllung ist der AG berechtigt, nach vorheriger Information des AN und soweit erforderlich auch ohne weitere Fristsetzung eine Ersatzbeförderung durch Dritte zu veranlassen. Entstehen hierdurch Mehrkosten, trägt diese der AN, soweit er den Ausfall, die Verspätung oder die Pflichtverletzung zu vertreten hat.

4.10.3 Für Vertragsverstöße können angemessene Vertragsstrafen festgesetzt werden, insbesondere bei unpünktlicher Bereitstellung oder verspätetem Fahrtantritt, Abfahrt vor Plan, Abweichung von der genehmigten Tour, Einsatz ungeeigneten oder nicht nachgewiesenen Personals, Nichterreichbarkeit der Disposition, mangelnder Sauberkeit oder Verkehrssicherheit, Fahrtausfall, Mitnahme nicht berechtigter Personen oder Güter, Einsatz nicht genehmigter Fahrzeuge sowie Verstößen gegen Datenschutz-, Verschwiegenheits- oder Kinderschutzpflichten. Die Vertragsstrafen werden auf etwaige Schadensersatzansprüche angerechnet und sind kalenderjährlich auf 5 % des jeweiligen Jahresauftragswertes begrenzt.

### **5 Linien- und Tourenplanung**

5.1 Der für die Linie bzw. die Linien gültige Fahrplan mit Haltestellen und Abfahrtszeiten wird rechtzeitig zum Beginn des Schuljahres in Form eines Linienplanes unter Berücksichtigung des jeweiligen Bedarfs als Abstimmung zwischen Nahverkehrsamt, AG und AN festgelegt. Der Linienplan gilt auch als Abrechnungsgrundlage für beide Vertragspartner. Er ist zusätzlich vom Nahverkehrsamt als öffentlichem Zuwendungsgeber zu bewilligen.

5.2 Notwendige Änderungen, insbesondere abrechnungsrelevante Anpassungen des Linienplanes, sind fortlaufend nummerisch zu erfassen und werden jeweils Bestandteil dieses Vertrages. Es wird jeweils fortlaufend ein neuer Linienplan erstellt. Während der Vertragslaufzeit können sich Änderungen im Leistungsumfang insbesondere durch Ausfall, Hinzunahme oder Umzug von Schülerinnen und Schülern ergeben. Ferner



kann nachträglich der Einsatz oder der Wegfall einer Begleitperson erforderlich werden.

5.3 Streckenführung, Haltestellen und Fahrtzeiten sind einzuhalten. Abweichungen von der Streckenführung sind nur zulässig, wenn die Einhaltung aus verkehrstechnischen Gründen nicht möglich ist.

5.4 Beförderungsaufträge werden grundsätzlich vom AG erteilt und gelten nur für die Beförderung von den Wohnungen der benannten Schülerinnen und Schüler bzw. in Ausnahmefällen von davon abweichenden Abholpunkten. Der AG behält sich vor, die Übernahme von Kosten für Beförderungen, die nicht von ihm in Auftrag gegeben wurden, abzulehnen.

### 5.5 Touren- und Leistungsausfälle

5.5.1 Der AN ist verpflichtet, jede Störung, Verzögerung, den vollständigen oder teilweisen Ausfall einer Linie oder Tour sowie sonstige Umstände, die die vertragsgemäße Durchführung der Beförderung gefährden oder verhindern können, dem AG unverzüglich mitzuteilen. Die Mitteilung hat so rechtzeitig zu erfolgen, dass der AG, die Schule und die Sorgeberechtigten erforderlichenfalls informiert und Ersatzmaßnahmen eingeleitet werden können.

5.5.2 Hat der AN den Ausfall, die Verzögerung oder die Nichtdurchführung einer Linie oder Tour zu vertreten, insbesondere aufgrund von Fahrzeugausfall, Personalausfall, Dispositionsfehlern, fehlender Genehmigungen, fehlender Ausstattung oder sonstiger organisatorischer Mängel, ist er verpflichtet, unverzüglich und auf eigene Kosten eine geeignete Ersatzbeförderung sicherzustellen. Gelingt dies nicht oder nicht rechtzeitig, ist der AG berechtigt, eine Ersatzbeförderung durch Dritte zu veranlassen. Entstehende Mehrkosten trägt der AN, soweit er den Ausfall oder die Verzögerung zu vertreten hat.

5.5.3 Für vom AN zu vertretende nicht erbrachte oder nicht vertragsgemäß erbrachte Leistungen besteht kein Vergütungsanspruch. Bereits abgerechnete oder gezahlte Vergütungen für nicht oder nicht ordnungsgemäß erbrachte Leistungen sind zu erstatten bzw. können mit künftigen Vergütungsansprüchen verrechnet werden. Die Geltendmachung von Vertragsstrafen, Schadensersatzansprüchen und weiteren Rechten des AG bleibt unberührt.

5.5.4 Beruht der Ausfall einer Linie oder Tour auf Umständen aus dem Verantwortungsbereich des AG, der Schule, des Schulkindergartens, einzelner Schülerinnen und Schüler oder Sorgeberechtigter, insbesondere auf Krankheit, Abwesenheit, kurzfristiger Abmeldung, Unterrichtsausfall, schulorganisatorischen Gründen, Schließtagen oder einer vom AG veranlassten Leistungsänderung, gelten die Vergütungsregelungen dieses Vertrages sowie die jeweils vom öffentlichen Kostenträger anerkannten Abrechnungsgrundlagen. Ein weitergehender Vergütungsanspruch besteht nur, soweit dies ausdrücklich vereinbart oder vom öffentlichen Kostenträger anerkannt ist.



5.5.5 Fällt eine Tour aufgrund höherer Gewalt, außergewöhnlicher Witterungsverhältnisse, behördlicher Anordnungen, Straßensperrungen, Unfällen, unvorhersehbarer Verkehrsereignisse oder vergleichbarer Umstände aus, die keine Vertragspartei zu vertreten hat, sind die Vertragsparteien verpflichtet, sich unverzüglich über das weitere Vorgehen abzustimmen. Vertragsstrafen fallen in diesen Fällen nicht an, soweit der AN seine Informations-, Abstimmungs- und Dokumentationspflichten erfüllt hat. Vergütungsansprüche bestehen nur im Rahmen der vertraglichen Regelungen und der Anerkennung durch den öffentlichen Kostenträger.

5.5.6 Jeder vollständige oder teilweise Touren- oder Leistungsausfall ist durch den AN schriftlich zu dokumentieren. Die Dokumentation muss mindestens Datum, betroffene Linie oder Tour, betroffene Schülerinnen und Schüler bzw. Beförderungsfälle, Ursache des Ausfalls, Zeitpunkt der Kenntnisnahme, Zeitpunkt der Information an den AG, getroffene Ersatz- oder Abhilfemaßnahmen, tatsächlich erbrachte Teilleistungen sowie die vergütungsrelevanten Auswirkungen enthalten. Die Dokumentation ist dem AG unverzüglich, spätestens mit der Monatsabrechnung, vorzulegen.

## **6 Haftung, Mindestlohnsicherung und Versicherung**

### **6.1 Freistellung, Haftung und Insolvenz**

6.1.1 Der AN haftet nach den gesetzlichen Bestimmungen und stellt den AG von allen Ansprüchen frei, die von beförderten Personen oder Dritten im Zusammenhang mit der Durchführung der Beförderungsleistungen geltend gemacht werden, soweit der zugrunde liegende Schaden vom AN, seinem Personal, seinen Unterauftragnehmern oder sonstigen Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen zu vertreten ist.

6.1.2 Verstößt der AN gegen vertragliche, gesetzliche oder behördliche Pflichten, ist er verpflichtet, dem AG den hierdurch entstandenen Schaden zu ersetzen. Weitergehende Ansprüche des AG bleiben unberührt.

6.1.3 Der AN hat den AG unverzüglich über die Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, die Ablehnung eines Insolvenzantrags mangels Masse sowie über sonstige Umstände zu informieren, die die ordnungsgemäße Leistungserbringung gefährden können.

### **6.2 Mindestlohnsicherung**

6.2.1 Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung aller jeweils geltenden gesetzlichen und tariflichen Vorgaben, insbesondere des Mindestlohngesetzes, einschlägiger Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen sowie sozialversicherungs- und arbeitsrechtlicher Bestimmungen. Er stellt sicher, dass diese Verpflichtungen auch durch eingesetzte Unterauftragnehmer, Nachunternehmer und Verleiher eingehalten werden. Veralterte Mindestlohnbeträge gelten nicht; maßgeblich ist stets die jeweils geltende gesetzliche bzw. tarifliche Mindestvergütung.



6.2.2 Der AN wird darauf hingewiesen, dass nicht unbedingt alle Vergütungsbestandteile bei der Ermittlung der korrekten Höhe des Mindestlohnes einzubeziehen sind. Die Ermittlung der bei der Berechnung des Mindestlohnes einzubeziehenden Vergütungsbestandteile obliegt dem AN.

6.2.3 Der AN stellt den AG im Rahmen des Beförderungsvertrages von allen Ansprüchen, Schäden und Verlusten im Zusammenhang mit § 13 MiLoG frei. Dies gilt auch für etwaige erforderliche Aufwendungen, einschließlich Rechtsberatungsgebühren, außergerichtlicher und gerichtlicher Rechtsverteidigung sowie Auslagen, die dem AG wegen der Geltendmachung von Ansprüchen seitens der Arbeitnehmer oder Dritter, insbesondere Sozialversicherungsträger, entstehen.

6.2.4 Der AN ist verpflichtet, den AG hinsichtlich der Abwehr von etwaigen zivilrechtlichen Klagen zur Zahlung des Mindestlohns zu unterstützen und ihm umfassend und rechtzeitig Auskunft zu erteilen. Etwaige prozessuale Rechte zur Verkündung des Streits bleiben unberührt.

6.2.5 Der AN verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, dass von ihm beauftragte Unterauftragnehmer sowie Verleiher gleichfalls vertraglich dazu verpflichtet werden, das MiLoG einzuhalten, fristgerecht und regelmäßig den jeweiligen Mindestlohn gemäß § 1 Abs. 2 MiLoG zu zahlen und diese Verpflichtung ihrerseits bei Einsatz weiterer Subunternehmer oder Verleiher vertraglich zu vereinbaren.

6.2.6 Im Falle eines Verstoßes des AN gegen das Mindestlohngesetz, einschlägige Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen, sozialversicherungsrechtliche Vorschriften oder die vorstehenden Pflichten ist der AG berechtigt, die vereinbarte Vergütung ganz oder teilweise zurückzubehalten. Unter den gleichen Voraussetzungen ist der AG berechtigt, den Beförderungsvertrag aus wichtigem Grund außerordentlich zu kündigen. Weitergehende Rechte bleiben unberührt.

### **6.3 Versicherung**

6.3.1 Der AN hat für einen umfassenden Versicherungsschutz gegen alle Risiken und Schäden Sorge zu tragen, die die ordnungsgemäße Schülerbeförderung gefährden oder nicht unerheblich beeinträchtigen können. Insbesondere sind Haftpflichtversicherungen für alle eingesetzten Fahrzeuge sowie für Fahrpersonal, Begleitpersonen und sonstige Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfen abzuschließen. Der Nachweis ordnungsgemäßer Versicherung ist dem AG auf Verlangen vorzulegen.

6.3.2 Der Versicherungsschutz ist während der gesamten Vertragslaufzeit aufrechtzuerhalten. Der AN hat beim Versicherer den zutreffenden Verwendungszweck der eingesetzten Fahrzeuge anzugeben.

6.3.3 Die Betriebshaftpflichtversicherung muss mindestens folgende Deckungssummen aufweisen:

a) EUR 5.000.000,00 für Personenschäden sowie



b) EUR 5.000.000,00 für Sach- und sonstige Schäden, jeweils je Versicherungsfall.

## 7 Vertragsdauer / Kündigung

7.1 Der Vertrag tritt mit Zuschlagserteilung in Kraft. Die Pflicht zur Erbringung der Beförderungsleistung beginnt mit dem im Zuschlag, in der Leistungsbeschreibung oder im jeweils gültigen Linien-/Tourenplan festgelegten Betriebsbeginn. Der Vertrag endet zum Ablauf des Schuljahres 2030/2031 bzw. des in den Vergabeunterlagen festgelegten Leistungszeitraums, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

7.2 Eine stillschweigende Verlängerung, insbesondere durch die Weiterführung der Beförderung, ist ausgeschlossen.

7.3 Das Recht der ordentlichen Kündigung wird ausgeschlossen.

7.4 Das Recht zur außerordentlichen Kündigung des Beförderungsvertragsverhältnisses bleibt unberührt.

7.5 Als wichtige Gründe für eine außerordentliche Kündigung durch den AG gelten insbesondere:

- a) der AN beteiligt sich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen;
- b) der AN erfüllt seine gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen, Mindestentgelten oder Mindestlohn nicht;
- c) der AN stellt seine Zahlungen ein oder über sein Vermögen wird ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt;
- d) der AN verstößt schwerwiegend oder wiederholt gegen vertragliche Pflichten, insbesondere gegen Pflichten zur ordnungsgemäßen, pünktlichen und sicheren Durchführung der Beförderung;
- e) die übernommenen Leistungen werden nicht zu dem vom AG benannten Zeitpunkt oder nicht in der vertraglich geschuldeten Art, Weise oder Qualität ausgeführt;
- f) es werden Arbeitskräfte ohne erforderliche Arbeitserlaubnis oder Fahrpersonal ohne gültige Fahrerlaubnis bzw. erforderliche Berechtigung zur Fahrgastbeförderung eingesetzt;
- g) der AN kann auf Anforderung nicht nachweisen, dass er im Besitz der für die Leistungserbringung erforderlichen Genehmigungen, Erlaubnisse, Versicherungen oder sonstigen Nachweise ist;
- h) der AN verstößt schwerwiegend oder wiederholt gegen Bestimmungen zu Datenschutz, Vertraulichkeit, Kinderschutz, Personalqualifikation oder Fahrzeuganforderungen.



# Reha-Südwest

## Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

7.6 Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus diesem Vertrag, ist die Kündigung grundsätzlich erst nach erfolglosem Ablauf einer vom AG gesetzten angemessenen Frist zur Abhilfe oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Eine Fristsetzung oder Abmahnung ist entbehrlich, wenn sie nach den gesetzlichen Vorschriften entbehrlich ist oder eine sofortige Kündigung unter Abwägung der beiderseitigen Interessen gerechtfertigt ist.

7.7 Die Kündigung bedarf der Schriftform. Sie ist unter Angabe des Kündigungsgrundes auszusprechen. Maßgeblich ist der fristgerechte Eingang der Kündigung bei der jeweils anderen Vertragspartei.

7.8 Reicht der Regelungsgehalt einzelner Bestimmungen dieses Vertrages über die Vertragslaufzeit hinaus, bleiben diese Bestimmungen auch nach Beendigung des Vertrages wirksam.

### **8 Datenschutz / Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz**

8.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, personenbezogene Daten ausschließlich zur Durchführung dieses Vertrages und in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden Datenschutzvorschriften, insbesondere DSGVO, BDSG und einschlägigem Landesdatenschutzrecht, zu verarbeiten. Dies gilt in besonderem Maße, soweit Gesundheitsdaten, Angaben zu Behinderungen, Förderbedarfen, Wohnadressen, Kontaktdaten von Sorgeberechtigten oder sonstige besonders schutzbedürftige Daten betroffen sind. Der AN hat geeignete technische und organisatorische Maßnahmen zum Schutz dieser Daten zu treffen.

8.2 Soweit der AN personenbezogene Daten im Auftrag des AG verarbeitet, ist vor Beginn der Verarbeitung eine gesonderte Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung abzuschließen. Der AN verpflichtet sich, sein Fahrpersonal, Begleitpersonal, Dispositionspersonal sowie etwaige Unterauftragnehmer nachweislich auf Datenschutz, Verschwiegenheit, Kinderschutz und die besonderen Schutzinteressen der beförderten Schülerinnen und Schüler zu verpflichten.

8.3 Das Fahrpersonal, die Begleitpersonen und sonstige eingesetzte Mitarbeitende sind entsprechend zu informieren und zu schulen. Insbesondere ist das Fotografieren und Filmen in und um die Fahrzeuge in Anwesenheit der Schülerinnen und Schüler sowie auf dem Gelände der Andreas-Fröhlich-Schule untersagt, soweit keine ausdrückliche schriftliche Erlaubnis des AG und, soweit erforderlich, der Sorgeberechtigten vorliegt. Alle herausgegebenen Unterlagen, Linien- und Tourenpläne sowie personenbezogenen Informationen unterliegen der Vertraulichkeit.

8.4 Der AN verpflichtet sich, bei der Durchführung dieses Vertrages die Bestimmungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes einzuhalten. Er hat jede unzulässige Benachteiligung, Belästigung oder Diskriminierung zu unterlassen und dafür Sorge zu tragen, dass auch sein Personal und etwaige Unterauftragnehmer entsprechend belehrt werden.



## 9 Schlussbestimmungen

9.1 Soweit der AN Dritte mit der Erfüllung der von ihm nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen beauftragen will, bedarf es hierzu der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG. Dem AG dürfen durch eine Unterbeauftragung keine Nachteile entstehen. Der AN bleibt für die vertragsgemäße Leistungserbringung, die Einhaltung sämtlicher Personal-, Datenschutz-, Kinderschutz-, Mindestlohn-, Tariftreue-, Versicherungs- und Fahrzeugpflichten sowie für Verschulden des Unterauftragnehmers in vollem Umfang verantwortlich. Eine Weitergabe von Leistungen durch Unterauftragnehmer an weitere Dritte ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des AG ausgeschlossen.

9.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt, soweit Treu und Glauben dem nicht zwingend entgegenstehen. Die Vertragsparteien verpflichten sich, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahekommt. Gleiches gilt für etwaige Regelungslücken.

9.3 Dieser Vertrag und seine Anlagen enthalten alle zwischen den Vertragsparteien getroffenen Vereinbarungen. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages einschließlich dieser Schriftformklausel bedürfen der Schriftform.

9.4 Auf diesen Vertrag findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland Anwendung. Erfüllungsort ist Krautheim, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist. Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Künzelsau, soweit gesetzlich zulässig.

Krautheim, ....

\_\_\_\_\_  
- AN -

\_\_\_\_\_  
- AG -

Hiermit bestätigen wir, dass der Beförderungsvertrag zwischen der Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH und der ... aus Sicht des Nahverkehrsamtes des Hohenlohekreises bewilligt wird und damit die Abrechnungsvoraussetzungen zwischen dem AG und AN sowie zwischen dem AG und dem Nahverkehrsamt erfüllt sind.

Künzelsau, ...





# Reha-Südwest

Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH

---

- Nahverkehrsamt Hohenlohekreis -

**Anlagen:**

- Linienpläne / Tourenpläne in der jeweils gültigen Fassung
- Leistungsbeschreibung der Reha-Südwest Ostwürttemberg-Hohenlohe gGmbH
- Preisblatt / Angebots- und Abrechnungsgrundlage
- Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung, soweit erforderlich
- weitere in den Vergabeunterlagen benannte Anlagen